

**Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 12. April 2016****Perspektiven bremischer Städtepartnerschaften**

Internationale Städtepartnerschaften sollen ein Forum für wirtschaftlichen und kulturellen Austausch sowie Völkerverständigung schaffen. Für Gemeinden stellen sie eine Möglichkeit dar, den Herausforderungen wachsender Globalisierung durch aktive Teilhabe vor Ort gerecht zu werden. Die Freie Hansestadt Bremen kann auf eine lange Geschichte der Weltoffenheit und internationalen Kooperation zurückblicken, sowohl durch die Traditionen von Seefahrt und Handel, als auch durch die in den letzten Jahrzehnten institutionalisierten Kontakte zu anderen Städten.

Spätestens seit der ersten Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (Rio de Janeiro 1992) fordern UN und EU im Kampf für eine nachhaltige Entwicklung nicht länger auf das weitgehend brachliegende Potenzial von rd. 600 000 Kommunen zu verzichten. Dabei wird der internationalen Zusammenarbeit der Kommunen große Bedeutung zugemessen. Derzeit unterhält Bremen aktive Städtepartnerschaften zu Danzig (Polen), Riga (Lettland), Dalian (China), Haifa (Israel), Izmir (Türkei) und Durban (Südafrika) sowie eine Entwicklungszusammenarbeit mit Pune (Indien), Windhoek (Namibia) und der Westsahara. Alle entstammen sie unterschiedlichen Kontexten und unterliegen verschiedenen Schwerpunkten. Gemein ist ihnen allen aber das Potenzial, Einfluss auf eine positive Entwicklung der Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft sowohl in den Partnerstädten als auch in Bremen zu nehmen. Diese Potenziale der Partnerschaften zu nutzen, bleibt eine Chance für die bremische Politik, da ihr Erfolg von Kontaktpflege und politischem Engagement abhängt. Dies kann und darf jedoch nicht nur durch staatliche Delegationsreisen, sondern soll vor allem unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft erfolgen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Auf welcher Grundlage, und mit welchem Ziel schließt die Freie Hansestadt Bremen Städtepartnerschaften ab?
2. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den bremischen Partnerstädten aktuell, und wie sind die bestehenden Städtepartnerschaften in ihrer langfristigen Planung organisiert? Welche inhaltlichen Schwerpunkte gibt es?
3. Wie kann Bremen im Rahmen der Städtepartnerschaften ein vermehrtes Engagement der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft inhaltlich fördern?
4. Welche Rolle spielen wirtschaftliche Interessen bei Beschluss und Pflege der bremischen Städtepartnerschaften? Wie werden diese Interessen gegen politische, kulturelle oder soziale Interessen abgewogen?
5. Wie bewertet der Senat die soziale und zivilgesellschaftliche Situation in den bremischen Partnerstädten? Inwieweit kooperiert man zum Zweck der inhaltlichen Vorbereitung und Organisation von Städtepartnerschaften mit Nichtregierungsorganisationen und greift auf ihr fachspezifisches Know-how zurück?
6. Inwieweit werden die bremischen Städtepartnerschaften genutzt, um Themen wie nachhaltiges Wirtschaften, faire Arbeitsbedingungen oder Menschenrechte zu diskutieren?
7. Inwieweit werden die internationalen Kontakte als Chance genutzt, humanitäre Hilfe zu leisten und Demokratisierungsprozesse zu unterstützen?

8. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, Fragen um die Aspekte Klimawandel und Nachhaltigkeit im Rahmen der Städtepartnerschaften zu thematisieren?
9. Werden die Kontakte zu europäischen Städten angesichts aktueller Krisen genutzt, um den europäischen Integrationsprozess zu unterstützen?

Antje Grotheer, Christian Weber,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

D a z u

### **Antwort des Senats vom 17. Mai 2016**

1. Auf welcher Grundlage, und mit welchem Ziel schließt die Freie Hansestadt Bremen Städtepartnerschaften ab?

Bremens Städtepartnerschaften sind in den Siebziger- und Achtzigerjahren aus eigenen historischen Verbindungen zwischen den Städten entstanden. Versöhnung, Verständigung und Völkerfreundschaft nach dem Zweiten Weltkrieg spielte dabei für das Eingehen dieser Partnerschaften eine entscheidende Rolle. Insbesondere die Städtepartnerschaften mit Haifa, Danzig und Riga beziehen ihre Bedeutung und Kraft aus der Reflexion über die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die Städtepartnerschaften Bremens besitzen in den vielfältigen gesellschaftlichen und politischen Beziehungen Bremens mit Städten in aller Welt eine herausgehobene Bedeutung.

Bremen pflegt Beziehungen zu sechs Partnerstädten:

1. Danzig (Polen) seit 1976,
2. Riga (Lettland) seit 1985,
3. Dalian (China) seit 1985,
4. Haifa (Israel) seit 1988,
5. Izmir (Türkei) seit 1995,
6. Durban (Südafrika) seit 2011.

Die Partnerschaften mit den folgenden Partnerstädten ruhen derzeit:

Bratislava (Slowakische Republik) seit 1989,

Corinto/El Realejo (Nicaragua) seit 1989.

Darüber hinaus haben sich im Rahmen der bremischen Entwicklungszusammenarbeit zwei Städtefreundschaften entwickelt. Die Städtefreundschaft mit Windhuk (seit 2000) ist im Rahmen der jahrzehntelangen entwicklungspolitischen Kooperation Bremens insbesondere auf staatlicher Ebene mit Namibia entstanden. Die derzeit ruhende Freundschaft zu Pune (seit 1977) entstand vor allem durch zivilgesellschaftliche Initiativen der Entwicklungshilfe.

Als Hafen- und Handelsstadt lebt Bremen seit Jahrhunderten von den Beziehungen zu internationalen Partnern. In früheren Zeiten spielten vor allem Wirtschaftsbeziehungen eine wichtige Rolle, die den Wohlstand der Hansestadt sicherten. Sowohl die Städtepartnerschaften als auch die internationalen Netzwerke und Beziehungen sind außerordentlich wichtig für den internationalen Stellenwert der Freien Hansestadt Bremen. Heute aber sind neben den Wirtschaftsbeziehungen und Begegnungen von Bürgerinnen und Bürgern in kulturellen, sozialen und bildenden Projekten, vor allem die gemeinsamen Bestrebungen, die sich in den im September 2015 in einer UN-Vollversammlung beschlossenen SDGs (Sustainable Development Goals) finden, Ziel der gemeinsamen Arbeit mit internationalen Partnern.

Nach wie vor bleibt das Thema Völkerfreundschaft ein wichtiges, wie unsere Partner immer wieder betonen, gerade in Zeiten politischer Veränderungen.

2. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den bremischen Partnerstädten aktuell, und wie sind die bestehenden Städtepartnerschaften in ihrer langfristigen Planung organisiert? Welche inhaltlichen Schwerpunkte gibt es?

Die Zusammenarbeit der unter 1. aufgeführten bremischen Partnerstädte ist aktiv. In jedem Jahr gibt es Austausche, die unterschiedliche Schwerpunkte berücksichtigten. Neben den fortlaufenden kontinuierlichen Kooperationen, z. B. zwischen den Universitäten und Kultureinrichtungen, gibt es auch solche, die auf besondere Ereignisse Bezug nehmen.

Während dies für das Jahr 2015 insbesondere der Kontext von „50 Jahre Deutsch-Israelische diplomatische Beziehungen“ war, sind es für das Jahr 2016 vor allem das 40-jährige Jubiläum der Städtepartnerschaft zwischen Danzig und Bremen. Zugleich wird an 25 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag erinnert sowie an die 40 Jahre seit Beginn der Zusammenarbeit zwischen Bremen und der Haifa Arts Foundation, die die Grundlage zum Freundschaftsvertrag von 1978 und dem vertiefenden Städtepartnerschaftsvertrag Bremen–Haifa von 1988 bildete.

Bei der Senatskanzlei liegt die Gesamtkoordination. Die Ressorts sind im Rahmen ihrer Fachzuständigkeit und Ressortschwerpunkte für die Planung, Durchführung und Finanzierung ihrer Aktivitäten eigenständig zuständig. Das bedeutet, dass die einzelnen Ressorts gemäß ihrer Ressortschwerpunkte die Fachverantwortung wahrnehmen und diese innerhalb ihrer Fachlichkeit eigenständig Kontakte aufbauen, pflegen und finanzieren.

In den Rahmenvereinbarungen mit den verschiedenen Städten sind diese Schwerpunkte vertraglich gesetzt: Wissenschaft und Wirtschaft, Kultur, Sport und Jugendaustausch sind die vorherrschenden Themen. In den späteren Jahren kamen Umwelt- und Ressourcenschutz und Informationstechnologie dazu. Zudem orientieren sich die entwicklungspolitischen Aktivitäten Bremens in besonderem Maß entlang der Städtepartnerschaften. Der Austausch von kommunaler Expertise und darauf basierende gemeinsame Projekte sind ein wichtiger Bestandteil des bremischen Beitrags zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen.

Derzeit besteht z. B. eine aktive Kooperation der Polizei Bremen mit der Polizei in Riga. Im April 2015 unterzeichneten die Polizeipräsidenten Rigas und Bremens einen Kooperationsvertrag.

3. Wie kann Bremen im Rahmen der Städtepartnerschaften ein vermehrtes Engagement der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft inhaltlich fördern?

Selbstverständlich gibt es starke und kontinuierliche Beziehungen zwischen den Hochschulen, wissenschaftlichen Instituten, den Museen und Orchestern Bremens und denen der Partnerstädte. Auch der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Handelskammer Bremen oder die WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH haben zum Teil mit ihren korrespondierenden Einrichtungen in den Partnerstädten Kontakte.

Von Beginn an war das zivilgesellschaftliche Engagement in Bezug auf die Städtepartnerschaften stark. So gibt es beinahe zu jeder Partnerstadt einen oder mehrere Vereine, denen die direkte Pflege zu Bürgern in den Partnerstädten ein Anliegen ist. Es gibt mehrere Vereine, die Bürgerreisen organisieren. Diese engagierten Freundschaftsvereine sind z. B.:

für Danzig, die Deutsch-Polnische Gesellschaft e. V.,

für Riga, der Verein Infobalt,

für Haifa, die Deutsch-Israelische Gesellschaft, Arbeitsgemeinschaft Bremen, und weitere,

für Izmir, der Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Bremen–Izmir und weitere,

für Durban, Partnerschaft Bremen–Durban e. V.

Darüber hinaus pflegen folgende Institutionen in unseren Partnerstädten aktive Kooperationen und Kontakte: Arbeiterwohlfahrt Bremen, Arbeiter-Samariter-Bund Bremen, BORDA (Bremen Overseas Research and Development Agency), GIZ (Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit), Sportgarten Bremen e. V., Landessportbund Bremen e. V., Bremer Leichtathletikverband, Bremische Evangelische Kirche, Kulturwerkstatt Westend, Bremer Verband Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V., Bremer Literaturkontor e. V. und viele andere mehr.

Die wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Projekte der Städtepartnerschaften werden ebenfalls durch die entsprechenden Honorar- oder Generalkonsulate unterstützt.

Ein schönes Beispiel für zivilgesellschaftliches Engagement: Im Mai/Juni 2016 wird Bremen zum dritten Mal Gastgeber sein beim One Nation Cup, einem Jugendfußballturnier, das Mädchen und Jungen unter 15 Jahren (je acht Teams) aus allen Partnerstädten einlädt. Innerhalb einer Woche wird neben den Fußballwettkämpfen ein umfangreiches Kultur- und Sportprogramm geboten, gesponsert von Bremer Unternehmen. Jedes internationale Team wird dabei von einer Bremer Partnerschule (als Fanclub) begleitet. Die gesamte Woche wird organisiert und durchgeführt vom Sportgarten Bremen e. V. unter Schirmherrschaft des Bürgermeisters und unter Mitwirkung der Senatskanzlei.

Im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Durban und Windhuk wird verstärkt darauf geachtet, bremische Nichtregierungsorganisationen (NRO) in die Kooperation einzubinden, zu fördern und die Aktivitäten zu vernetzen. Zudem versucht Bremen, im Rahmen der Kooperation mit der Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, auch Akteure der bremischen Wirtschaft in die Partnerschaften einzubinden.

4. Welche Rolle spielen wirtschaftliche Interessen bei Beschluss und Pflege der bremischen Städtepartnerschaften? Wie werden diese Interessen gegen politische, kulturelle oder soziale Interessen abgewogen?

Bis heute prägen die damaligen Beweggründe für den Beginn der Städtepartnerschaften die Beziehungen zu diesen Städten. In Bezug auf Haifa, Danzig und Riga standen die Bürgerbegegnung und kulturelle Zusammenarbeit im Vordergrund, deshalb sind es hier Projekte in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Jugendbegegnung, die besonders gepflegt werden. In den Gründungsjahren spielten Wirtschaftsbeziehungen hier keine Rolle.

Das änderte sich in den Neunzigerjahren, als es insbesondere das Interesse in den Bereichen Häfen und Logistik gab, sodass Bremen sowohl in Danzig als auch in Riga Wirtschaftsvertretungen eingerichtet hatte, die aber im Zuge des Beitritts der Länder Polen und Lettland zur Europäischen Union wieder geschlossen wurden. Seitens der Privatwirtschaft Bremens gibt es in alle drei Städte hinein wirtschaftliche Beziehungen.

Im Rahmen des 40-jährigen städtepartnerschaftlichen Jubiläums mit Danzig wird im Oktober 2016 von Bremen eine Wirtschafts- und Wissenschaftsdelegation unter Leitung von Bürgermeister Dr. Carsten Sieling nach Danzig reisen. Dort werden während einer deutschen Woche, die das deutsche Generalkonsulat mit Bremen als Partnerland ausrichtet, vielfältige Aktivitäten zur Förderung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kooperation mit den Danziger Counterparts stattfinden.

Die Städtepartnerschaft mit Dalian wurde 1985 im Zuge der Westöffnung Chinas auf Initiative der Handelskammer Bremen gegründet, um wirtschaftliche Kontakte in China über eine offizielle Städtepartnerschaft leichter zu ermöglichen, insbesondere in Städten, die sich in der Zeit der Begründung der Städtepartnerschaft durch eine sehr ähnliche Wirtschaftsstruktur als bedeutende Hafenstandorte und einem Schwerpunkt in der maritimen Wirtschaft auszeichneten und auch noch heute auszeichnen. Diese Partnerschaft hat bis heute einen wirtschaftlichen Schwerpunkt, der federführend durch den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen umgesetzt wird. Die Erfahrungen mit China in den letzten Jahrzehnten haben gezeigt, dass offizielle Verbindungen und politische Begleitung wirtschaftlicher Aktivitäten als „Türöffner“ an vielen Stellen wichtig sein können. Die bremischen Aktivitäten in China gehen dabei heute deutlich über Dalian hinaus.

Die aus Solidarität mit Bremerinnen/Bremern mit türkischen Wurzeln im Zusammenhang mit den Anschlägen in Mölln und Solingen entstandene Städtepartnerschaft mit Izmir (gegründet 1995), hatte zu Beginn vor allem einen Schwerpunkt in sozialpolitischen und kulturellen Projekten. In den letzten Jahren gibt es neben den nach wie vor starken kulturellen Beziehungen (Kooperationen im Bereich von Musik und bildender Kunst) eine stärkere Schwerpunktbildung im Bereich Wirtschaft. U. a. wurde im Jahr 2011 durch die WFB Wirtschaftsförderung

Bremen GmbH eine Repräsentanz mit dem Ziel der Akquisition von Investitionen aus der Türkei für Bremen in Izmir gegründet. Infolge der Bürogründung gab es zahlreiche gegenseitige Delegationsbesuche und insgesamt auch eine Zunahme der privatwirtschaftlichen Aktivitäten zwischen den beiden Städten.

Die 2011 formalisierte Partnerschaft mit der südafrikanischen Stadt Durban basiert auf den langjährigen Beziehungen, die sich vor allen Dingen in den Bereichen Wissenschaften, Sport, Kultur und kirchliche Angelegenheiten entwickelt hatte. Der Schwerpunkt der Beziehung besteht im Moment vor allem in einer gemeinsamen Entwicklungspartnerschaft für Klima- und Ressourcenschutz, die unter 8. näher beschrieben wird.

Insgesamt ist festzustellen, dass Städtepartnerschaften bzw. gute Beziehungen zwischen Bremen und seinen Partnerstädten auf politischer Ebene und auf Verwaltungsebene dazu dienen können, unternehmerische Aktivitäten zu flankieren, aber in der Regel nicht der Grund für diese privatwirtschaftlichen Aktivitäten sind. Insofern hängt auch die Intensität der Wirtschaftskontakte zwischen Bremen und seinen Partnerstädten sowie auch die der entsprechenden offiziellen Flankierung von den vorhandenen wirtschaftlichen Potenzialen in den jeweiligen Städten ab und nicht vom Status Partnerstadt per se.

5. Wie bewertet der Senat die soziale und zivilgesellschaftliche Situation in den bremischen Partnerstädten? Inwieweit kooperiert man zum Zweck der inhaltlichen Vorbereitung und Organisation von Städtepartnerschaften mit Nichtregierungsorganisationen und greift auf ihr fachspezifisches Know-how zurück?

Die soziale und zivilgesellschaftliche Situation in den bremischen Partnerstädten ist von der jeweiligen nationalen Lage geprägt. Während bei unseren europäischen Partnern eine lebendige zivilgesellschaftliche Szene existiert, herrschen in anderen Partnerstädten andere Voraussetzungen.

In Durban ist die Zusammenarbeit sehr stark an die Stadtverwaltung gebunden; eine aktive Einbindung der Zivilgesellschaft vor Ort gelingt nur teilweise. Andere Partnerschaften werden beispielsweise durch kulturelle, wissenschaftliche und Bildungsaustausche mit Leben gefüllt. Im Gegensatz dazu besteht die Partnerschaft mit Dalian vorwiegend auf der politisch-administrativen Ebene und ist zudem wirtschaftlicher Natur, jedoch ohne relevante zivilgesellschaftliche Aktivität.

Gerade mit Blick auf die entwicklungspolitischen Aktivitäten Bremens werden hiesige Nichtregierungsorganisationen mit ihrer Expertise herangezogen, etwa im Rahmen von Delegationsbesuchen, Workshops oder Konferenzen. Zum Teil sind diese NROs auch selbst im Ausland aktiv, beispielhaft kann hier BORDA (Bremen Overseas Research and Development Association) genannt werden, die in Durban seit Jahren verschiedene Projekte im Bereich der dezentralen Abwasserentsorgung durchführt. Im Rahmen seiner Möglichkeiten fördert Bremen entwicklungspolitische Projekte der Bremer Zivilgesellschaft in den Partner- und Freundschaftsstädten. Einschränkend muss angemerkt werden, dass aufgrund der vergleichsweise hohen Reisekosten Aktivitäten bremischer NRO im globalen Süden meist nur vereinzelt bzw. im Rahmen von drittmittelfinanzierten Projekten möglich sind.

Die Städtefreundschaft mit Pune war in der Vergangenheit hauptsächlich zivilgesellschaftlich durch den Verein Forum Städtesolidarität Bremen – Pune e. V. getragen, der sich Anfang 2016 auflöste.

6. Inwieweit werden die bremischen Städtepartnerschaften genutzt, um Themen wie nachhaltiges Wirtschaften, faire Arbeitsbedingungen oder Menschenrechte zu diskutieren?

In den im März 2015 verabschiedeten entwicklungspolitischen Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen ist festgehalten:

„Die Freie Hansestadt Bremen fördert (. . .) explizit den Austausch mit unseren Partner- und Freundschaftsstädten sowohl im politischen Bereich und der Verwaltung als auch seitens der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Religionsgemeinschaften und Wirtschaft. Wir streben an, entwicklungspolitisch relevante Themen, die eine nachhaltige Entwicklung unterstützen (. . .) in die Arbeit mit allen Städten, zu denen wir partnerschaftliche Beziehungen pflegen, zu integrieren.“

Als ersten Schritt zur Umsetzung dieses Ziels führt der Senat im November 2016 eine Konferenz aller Partner- und Freundschaftsstädte Bremens und Bremerhavens mit dem Fokus der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Agenda 2030) auf lokaler Ebene durch. Im Rahmen dieser Konferenz sollen gelungene Beispiele, Projekte und Maßnahmen zur Umsetzung dieser Entwicklungsziele vorgestellt und diskutiert werden.

Die Städtepartnerkonferenz soll die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele in Bremen, Bremerhaven und den Partner- und Freundschaftsstädten fördern. Die bisherige gemeinsame und individuelle Arbeit soll vor dem Hintergrund der neuen Ziele beleuchtet und gegebenenfalls angepasst werden, um Best-Practice-Beispiele zu identifizieren, Erfahrungen zu teilen und Potenziale für weitere Kooperationen zu identifizieren. Gerade mit Blick auf die Einhaltung von Menschenrechten und Erfüllung von Grundbedürfnissen im Rahmen der nachhaltigen Entwicklungsziele bietet diese Konferenz einen wertvollen Blick von außen und regt dazu an, auch Fragen zu behandeln, die über den kommunalen „Tellerrand“ hinausgehen.

Während der Konferenz soll außerdem der Kontakt zwischen den Vertreterinnen/Vertretern der Partnerstädte und Akteuren der Bremer und Bremerhavener Verwaltung und Zivilgesellschaft gefördert und vertieft werden, um auch letztere aktiv in die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele einzubeziehen.

Darüber hinaus werden diese Themen regelmäßig im Rahmen von Jugendaustausch- und Freiwilligenprogrammen mit bremischer Beteiligung thematisiert. Dies gilt sowohl für junge Menschen, die aus Deutschland entsendet werden, als auch für Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die aus unseren Partnerstädten nach Bremen kommen.

7. Inwieweit werden die internationalen Kontakte als Chance genutzt, humanitäre Hilfe zu leisten und Demokratisierungsprozesse zu unterstützen?

Im Rahmen des Beitritts zur Europäischen Union hat die Freie Hansestadt Bremen sowohl in Riga als auch in Danzig Unterstützung in der Umsetzung durch Abordnung von Experten (z. B. aus dem Arbeitsressort) oder in der Stellung eines Büros in der Bremer Vertretung in Brüssel für einen Danziger Kollegen ermöglicht.

Humanitäre Hilfe hat Bremen z. B. bei der großen Flutkatastrophe in Danzig 2001 oder der verheerenden Brandkatastrophe in Haifa 2010 organisiert. Auch bei anderen Naturkatastrophen unterstützt die Senatskanzlei z. B. die Honorarkonsulate oder Vereine, wenn sie für ihre Landsleute Hilfe organisieren.

8. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, Fragen um die Aspekte Klimawandel und Nachhaltigkeit im Rahmen der Städtepartnerschaften zu thematisieren?

Klimawandel und Nachhaltigkeit sind wichtige thematische Schwerpunkte im Rahmen der entwicklungspolitischen Aktivitäten Bremens im globalen Süden. Die Bedeutung von Kommunen bei einer nachhaltigen Entwicklung wird auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Urbanisierung, insbesondere in den Ländern des globalen Südens, zunehmend wahrgenommen. Um seiner globalen Verantwortung nachzukommen, ist Bremen daher seit 2011 mit den Städten Durban und Windhuk aktiv im Rahmen einer Entwicklungspartnerschaft für Klima- und Ressourcenschutz engagiert. Die gemeinsamen Aktivitäten fokussieren auf die gegenseitige Beratung, Sensibilisierung sowie die Umsetzung von Maßnahmen, die der Anpassung an den Klimawandel, dem Klimaschutz sowie der nachhaltigen Entwicklung dienen.

Das Thema nachhaltige Mobilität ist im Fokus des europäischen Horizon-2020-Projekts ELIPTIC (Electrification of public transport in cities), das vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr koordiniert wird. Die Universität Danzig ist hierin Projektpartner. Im Fokus steht die Elektrifizierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) – als ein Kernbaustein nachhaltiger Mobilität. Mit der Stadt Danzig ist in verschiedenen europäischen Projekten zum Thema nachhaltige Mobilität zusammengearbeitet worden – so auch in dem vom damaligen Senator für Bau, Umwelt und Verkehr koordinierten Interreg-Projekt MoCuBa (Mobility Culture in the Baltic Sea Area). In diesem Projekt bestand ein intensiver Austausch, z. B. zum Straßenbahnausbau, zur Förderung des Fahrradverkehrs,

zu integrierten Ticketing-Konzepten und zu Carsharing. Kooperationsmöglichkeiten zu nachhaltiger Mobilität in EU-Förderprogrammen mit den Städten Riga und Danzig werden fortlaufend eruiert. Es bestehen entsprechende Kontakte auf der Fachebene.

Die nachhaltigen Entwicklungsziele benennen explizit die Themen Klimawandel und Nachhaltigkeit. Hierdurch ergibt sich die Möglichkeit, diese Themen auch in die weiteren Städtepartnerschaften Bremens einzubringen. Dies soll zunächst bei der Städtepartnerkonferenz im November 2016 erfolgen.

9. Werden die Kontakte zu europäischen Städten angesichts aktueller Krisen genutzt, um den europäischen Integrationsprozess zu unterstützen?

Die Freie Hansestadt Bremen möchte auch in Zeiten politischer Krisen den Partnerstädten mit gleichbleibendem Engagement als echte Partnerin zur Seite stehen und ist deswegen bemüht, ihre gut laufenden Partnerschaftsprojekte weiterzuführen. Gerade unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise und einer wachsenden Tendenz zu Abschottung und Renationalisierung in einigen EU-Mitgliedstaaten kommt es darauf an, die Partnerstädte im Rahmen der Zusammenarbeit bei ihren Maßnahmen zu unterstützen, den Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung der europäischen Werte zu vermitteln. Insbesondere bei den gegenseitigen Besuchsprogrammen mit den europäischen Partnerstädten wird Wert darauf gelegt, die Errungenschaften der europäischen Integration und ihre Bedeutung für die Menschen zu betonen.

